

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **38 (1948)**

Heft 9

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Nochmals der Zucker...

-an- Am 14. März soll über die Zucker-
vorlage abgestimmt werden. Das heisst, über
die auf mehr als ein Jahrzehnt hinaus ge-
plante Neuordnung der Zuckerwirtschaft und
die damit verbundene Neuerrichtung einer
zweiten Zuckerfabrik in der Ostschweiz. Ueber
eine Sache, welche unsere wirtschaftlichen
Gewohnheiten angeblich schwer tangiert. Wird
doch ein wichtiges Verbrauchsgut, das im
eigenen Lande um ein Mehrfaches teurer her-
gestellt wird, als im fernen Auslande, unter
eidgenössische Fittiche genommen. Die «freie
Konkurrenz» wird praktisch «korrigiert». Man
will entweder direkt öffentliche Mittel ein-
setzen, um die neue Fabrik lebensfähig zu
machen, oder man will Geld des Konsumenten
in eine bestimmte Richtung zwingen,
will ihn veranlassen, mehr zu bezahlen, als
er vielleicht bezahlen müsste, wenn ihm wie-
der schrankenlos Zucker aus Uebersee oder
auch aus nähern Produktionsgebieten zur Ver-
fügung gestellt würde. Das Prinzip der «Preis-
ausgleichskasse» wird in der geplanten Ord-
nung so angewandt, dass der ausländische
Zucker um einen gewissen, an sich gar nicht
bedenklichen Betrag teurer gemacht; die
Differenz zwischen dem, was man «frei be-
zahlen» würde, und dem, was man infolge
der Ordnung zu bezahlen hat, soll unsern
Bauern den Anbau von Zuckerrüben, und der
neuen Fabrik die Herstellung von Rübenzucker

Irlands neuer Mann

Die letzten Wahlen auf
der «Grünen Insel», Ir-
land, haben dem seit be-
nahe 16 Jahren regieren-
den Ministerpräsidenten
de Valera eine Nieder-
lage gebracht. Der erst-
malige Zusammenschluss
der Oppositionsparteien
zwang de Valera zum
Rücktritt. Als Leader
der Fine Gael-Partei
übernimmt der Rechts-
anwalt John A. Costello
die Ministerpräsiden-
tschaft des Koalitionska-
binetts

möglich machen. Das ist die von den Gegnern
der Vorlage so scharf angegriffene «Planwirt-
schaft».

Fragen wir nun, was eigentlich neu an der
Sache sei. Wir haben, um unsern Kornbau
nicht gänzlich aussterben zu lassen, eidgenös-
sisch interveniert und den Bauern das Korn
zu Preisen abgenommen, die ihnen das Pflanz-
en ermöglichten. Wir haben das billige Volks-
brot eingeführt, damit der Konsument die Fol-
gen einer auf diesem Wege herbeigeführten
Verteuerung weniger spüre. Und wir haben
jene Leute, die gern weisses Brot essen, mehr
bezahlen lassen. Ist das denn nicht dasselbe?
Im Prinzip sicher. Aber in der Praxis stösst
man auf die unter Staatsfittichen neu zu
bauende Fabrik... und auf die Konsumenten-

tenbelastung, statt auf den Konsumenten-
schutz, wie beim verbilligten Volksbrot.

Folge: Die freisinnige Partei der Schweiz
gibt die Stimme frei. Man will die «staatlich
geförderte Fabrik», als ein ominöses Vor-
zeichen für drohende «totale Staatswirtschaft»,
nicht empfehlen. Die für die Planwirtschaft
eingenommene Sozialdemokratie, wenigstens
ihr schweizerischer Parteivorstand, gibt eben-
falls die Stimme frei. Ihr Grund dürfte in der
Konsumbelastung zu suchen sein. Was wunder,
wenn der Landesring nicht nur die Stimmfrei-
gabe, sondern ein grundsätzliches Nein pro-
klamiert. Denn für den Chef des Migros-
geschäftes gibt es keinen wichtigeren Begriff,
als den der am billigsten zu bekommenen
Waren, und seine Kunden dürften mit ihm ein-
verstanden sein. Sie gehören wohl meisteils
nicht zu den Leuten, die begriffen haben,
was wir dem Schutze unserer Landwirtschaft
schulden!

Wird die Tschechoslowakei kommunistisch?

Eine historische Entscheidung ist fällig:
Soll die Tschechoslowakei unter ausschliess-
lich kommunistische Führung geraten, oder
wird sich die bisherige Staatsform siegreich
gegen die totalitären Ansprüche von der
äussersten Linken her durchsetzen? Nach dem
bisherigen Gang der Ereignisse zweifeln
wenige Beobachter am Ausgang des Ringens
und sehen höchstens eine Vertagung der Tra-
gödie voraus. Das will sagen, dass sie dem
Präsidenten Benesch eine Atempause zu-
billigen, weil er Benesch heisst und bisher als
der Freund Moskaus gegolten. Jeden andern
Präsidenten mit anderer Vergangenheit würde
Moskau rücksichtslos auf die Seite stellen,
wenn er den Plänen der «Kominform» im
Wege stünde. Sollte er gehen, so oder so,
würde sein Nachfolger erfahren, was die
Methoden und Ziele einer sogenannten «Volk-
sdemokratie» sind.

Historisch werden die Verhandlungen sein,
die zwischen dem Staatspräsidenten Benesch
und dem Regierungspräsidenten Gottwald auf
der einen Seite, und zwischen Benesch und den
Abgesandten der demonstrierenden Kommuni-
sten auf der andern Seite stattfanden. Mit
einer Klarheit sondergleichen trat an den Tag,
was der Nachfolger Masaryks unter «wirk-
licher Demokratie» versteht, und welchen
Respekt diese lautere Auffassung auch den
Gegnern abnötigte. Und ebenso deutlich wur-
den die zutiefst unfairen Auffassungen der
Gegner über die «Bedingtheit» jeder demo-
kratischen und parlamentarischen Spielregel.

Benesch erklärte den Abgesandten der
Demonstranten, dass er sich nie dazu ver-
leiten lassen werde, ein «Ministerium von
Fachleuten» zu bilden (wie es ihm von
Kreisen der Rechten angeraten worden war,
welche auf diese Weise die Parteien umgehen
wollten). Mit ebensolcher Entschiedenheit
sei er dagegen, dass die Kommunisten, als
stärkste Partei des Landes, von der Regie-
rung ausgeschlossen würden. Und dass der
Führer der Kommunisten, Gottwald, Chef der
Regierung bleiben müsse, stehe auch für ihn

fest. Aber, so fuhr Benesch fort: «Wenn ihr
mir erklärt, dieser oder jener dürfe nicht in
der Regierung sein, so geht das natürlich viel
weiter... Als Präsident fühle ich mich ver-
pflichtet, Personen und politische Parteien
nicht zur Trennung voneinander zu veranlas-
sen. Vielmehr zur Zusammenarbeit! Wenn
die Kommunisten zurückzutreten versuchten,
würde ich sie auffordern, es nicht zu tun und
bei der Zusammenarbeit zu bleiben. Wollte ich
euren Wünschen entsprechen, käme dies einer
Einmischung in die Beziehungen unter den
Parteien gleich, was ich als Präsident nicht
kann...»

Um die Bedeutung dieser Aussprüche rich-
tig zu würdigen, muss man sich überlegen, was
in Wahrheit vorausgegangen. Vor ungefähr
einer Woche beschloss die Regierungsmehrheit
gegen den Willen des Präsidenten Gottwald,
den Innenminister zu beauftragen, er möge
keine Kommunisten mehr an leitende Stellen
der Polizei setzen. Der Innenminister aber,
selber ein Kommunist, missachtete diesen
Regierungsbeschluss und stellte sich auf den
Standpunkt, was die Mehrheit hier verfüge,
sei verfassungswidrig. Infolge dieser Weige-
rung des Ministers, sich dem Beschluss zu
unterziehen, zogen drei wichtige Parteien der
«nationalen Front», die bisher mit Gottwald
zusammengearbeitet hatten, ihre Vertreter
aus der Regierung zurück. Es handelte sich um
insgesamt 12 Mann, die den «nationalen Sozial-
isten», der «Volkspartei» und den «slowa-
kischen Demokraten» angehören. In der
Rumpfregierung verblieben im wesentlichen
nur noch Kommunisten und Sozialdemokraten.
Der Ministerrückzug bedeutete einen Protest
der Rechten gegen die Schritte des Innen-
ministers, mit andern Worten den Versuch,
den Prozess der Polizei-«Bolschewisierung»
durch ein massives Handicap zu durchkreuzen.

Nun aber setzte der bolschewistische Gegen-
protest ein: Durch die Diktaturpartei mitge-
rissen, gingen die Arbeiter in den grossen
Industriebetrieben aller grösseren Städte, vor-
ab in Prag, fast hundertprozentig auf die
Strasse. Es war ein Leichtes, ihnen die Gefahr
eines Anschlages von rechts plausibel zu ma-
chen. Sollte das Verbot, Kommunisten auf
wichtige Polizeiposten zu setzen, nicht der An-
fang einer Kampagne gegen den Kommunis-
mus sein? Es hält schwer, sich etwas anderes
darunter vorzustellen. Natürlich muss man
auch blind sein, wenn man nicht sieht, dass
die KP systematisch die Polizei in ihre Hände
zu bringen trachtet. Und nichts wird begreif-
licher als die Angst der Antikommunisten vor
einer solchen Polizei. «Die Polizei beschützt
die Demokratie», riefen die Sprechchöre der
Demonstranten in Prag. Von einer nicht-
kommunistischen Polizei würden sie sicher
das Gegenteil behauptet haben.

Die Machtprobe

spielt sich nun um folgende Begehren der
Demonstranten und der KP ab: Präsident
Benesch soll die Demission der 12 Minister
annehmen. Die Regierung soll durch Herein-
nahme von Persönlichkeiten ergänzt werden,
die sich aus Organisationen rekrutieren,



präsident Gottwald spricht zu den Prägern im Zeichen von Sichel und Hammer.

Letzten Meldungen zufolge will es scheinen, als ob das zukünftige Schicksal der Tschechoslowakei nicht auf dem Prager Hradschin, sondern im Moskauer Kreml entschieden würde. Das Bild unten zeigt das Hauptquartier der Tschechoslowakei (links neben dem Turm), deren Führer der ehemalige Spanienkämpfer und heutige Ministerpräsident Klement Gottwald ist (Photopress)

Hammer und Sichel über der Tschechoslowakei

Der Führer der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Ministerpräsident Klement Gottwald, der sich 1936 in der Internationalen Brigade in Spanien ausgezeichnet hatte, ordnete im Anschluss an die Kabinettskrise die sofortige «Mobilisierung aller Kräfte der Arbeiterklasse» zur «Verteidigung der Sache der Volksdemokratie» an. Um die eigene Revolution besser durchführen zu können, werden sämtliche nicht-kommunistischen Parteien des Umsturzversuches verdächtigt. Unser Bild: Minister-

welche sich über das ganze Land erstrecken. Weniger deutlich sind die von Gottwald und der KP ausgesprochenen Bedingungen, die sich noch in gewissermassen parlamentarischen Formen halten: Die frühern Minister sollen in keinem Falle wieder der Regierung angehören dürfen. Falls die drei Parteien weiterhin im Kabinett sitzen wollen, müssen sie Vertreter stellen, die loyal mit der nationalen Front, sprich mit der KP, zusammenarbeiten wollen, die also ihr und der kommunistischen Massenorganisation im Lande genehm sind.

In solchen Begehren liegt das, was man bei uns «tief unfair» nennen würde, und was in England, dem klassischen Lande westlicher demokratischer Uebung, nicht vorstellbar wäre. Es wiederholt sich, was vordem schon in Ungarn gespielt wurde. Dort sagte man: «Kleine Landwirte... ja! Nur müssen sie das Vertrauen der Kommunisten besitzen!» Das hiess, dass kein wirklicher Parteigegner der Kommunisten bündnisfähig war. Durch aller-

lei Manöver köpfte man die Partei der Kleinlandwirte wiederholt, und zwar so lange, bis nur noch der willfähige Durchschnitt übrig blieb. Genau der gleiche Prozess also wird nun in Prag versucht. Die slowakischen Demokraten, anders gesagt die «suspekten Katholiken», sind natürlich keine über die ganze Republik verbreitete Organisation. Die tschechische Volkspartei ebensowenig. Die «nationalen Sozialisten» sind eine Grenzschicht, mehr intellektuell-kleinbürgerlich als proletarisch. Betrachtet man diese Umstände, und ermisst man die Bedeutung der kommunistischen Agitation, welche überall «Volksräte» ins Leben ruft, dann ist ganz klar, was Benesch zugemutet werden soll: Die Ergänzung der Regierung durch Vertreter von Organisationen, welche gar nicht als «Parteien» im gewöhnlichen Sinne zu betrachten sind.

Das groteske Schauspiel würde so aussehen: Neben den «Parteikommunisten» würden Vertreter gewisser Gewerkschaftsorganisationen sitzen, die beileibe nicht KP-Ver-

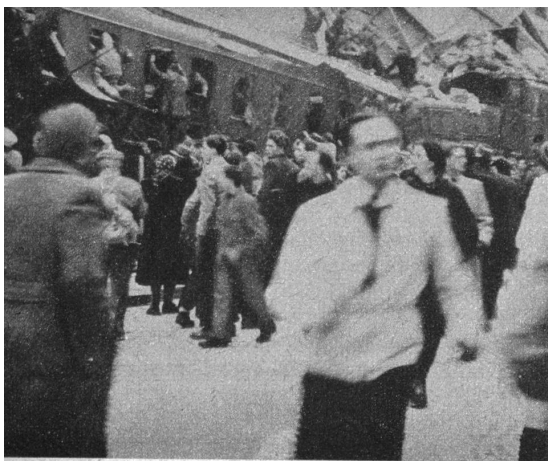
treter wären, sondern unschuldige Gewerkschafter. In Wahrheit aber wären sie doch KP-Leute. Oder es sässen Abgeordnete der linksgerichteten Bauernorganisationen auf den Sesseln... KP-Leute natürlich, aber nicht Vertreter der «Partei», sondern eben der «Bauern». Und dann die Vertreter der neuen Volksräte-Organisation, die sicherlich ebenso gewünscht würden, falls man mit den andern noch nicht durchdränge!

«Benesch ist fallreif»,

genau wie vor ihm der rumänische König, wie die Politiker Maniu und Pettkoff, wie Mikolayczik in Polen, wie die sämtlichen flüchtigen Ungarn, Nagy und Konsorten. Und warum ist ers? Weil er vor der Wahl steht, entweder die Komödie der mehrfachen KP-Vertretung in einer angeblich noch aus den Parteien gebildeten Regierung mitzumachen, die Polizei zu einem Instrument dieser KP werden zu lassen, das Wirkungsfeld seiner eigenen demokratischen Ideen auf ein Minimum einzuengen... oder aber sich dieser Entwicklung entgegenzustellen und damit die äusserste Feindschaft der Kommunisten auf seinen eigenen Hals zu ziehen, Folgerichtig wäre, dass er dem Staatsstreich Gottwalds mit einer entschlossenen Aktion zuvorkäme. Das heisst, dass er die Absichten der KP vor der ganzen Nation entlarven, alle demokratischen Kräfte zur Gegenwehr und damit wirklich die «Reaktion» auf den Plan rufen würde. Keiner weiss besser, als Benesch, was dies alles nach sich zöge. Wider Willen müsste er die Rolle eines Franco und Mannerheim spielen, müsste die Freundschaft aller Elemente in Kauf nehmen, die nach den Köpfen der Kommunisten hungern. Die Dinge liegen nun einmal so, dass die Versöhnung der beiden Lager auch in der Tschechoslowakei heute nicht mehr möglich zu sein scheint. Als einziges Aushilfsmittel gegen die Bolschewisierung der Polizei ein Kommunistausschuss von wichtigen Staatsposten, Ausschluss nicht willfähiger Parteien und Politiker von der Regierung durch die KP, Druck auf Benesch zur Fälschung der parlamentarischen Regierungsbildung... es steht übel!

Natürlich haben wir die Vorgänge in Prag nur als einen bedeutsamen Abschnitt in der nah-östlichen Gesamtentwicklung zu würdigen. Moskau wünscht die Ersetzung des parlamentarischen durch ein «volksdemokratisches» Regime, um gegen alle Möglichkeiten der «amerikanischen Einflussnahme» an der Westgrenze seiner Machtzone gefeit zu sein. Eine nach dem Westen hin orientierte Tschechoslowakei müsste nun einmal das bedenkliche Loch im «eisernen Vorhang» werden, das Tor, durch das alle antikomunistischen Ideen eindringen und die heute mundtot gemachten Oppositionsströmungen in Ungarn, Polen und Rumänien, und wer weiss, auch in der Ukraine wieder beleben würden. Dass die Minister der drei rebellischen Parteien einen entschiedenen Schlag gegen die KP versuchten, dass sie einen veritablen Ausschluss von KP-Leuten aus den Bewerberlisten für die Polizei verfügten, das musste in Moskau alle Alarmglocken in Gang bringen. Kein Wunder, dass Zorin, Adjunkt des russischen Aussenministers, früher Botschafter in Prag, rasch nach der Stätte seines früheren Wirkens flog, um nach dem Rechten zu sehen.

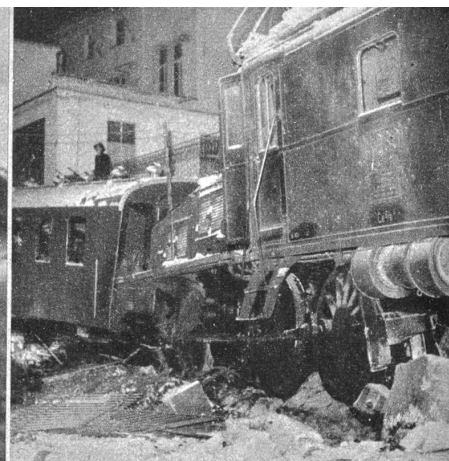




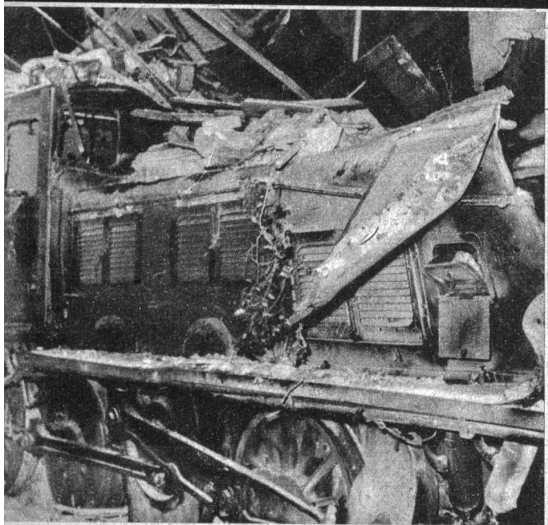
Man sieht die ersten unorganisierten Versuche, in die Waggon einzudringen und Hilfe zu bringen, von wo Stöhnen und Schreie ertönten (ATP)



Bergung der Reisenden aus den ineinandergeschachtelten Wagen. Links am Wagenfenster eingeklemmte Passagiere, die nur mit Mühe aus ihrer qualvollen Lage befreit werden konnten



Unter den Rädern der Lokomotive sieht man die Trümmer des Prellbockes (ATP)



Die völlig demolierte Lokomotive (Güterzugslokomotive mit Vorbau) (ATP)

Der Katastrophenort. Rechts im Bilde das eingestürzte Gebäude (Photopress)

Die Eisenbahnkatastrophe von Wädenswil

Am vergangenen Sonntag um 17.30 Uhr fuhr ein Sportzug von Sattel über Samstagen nach Wädenswil. Wahrscheinlich infolge Versagens der Bremsen konnte die Geschwindigkeit des Zuges nicht mehr kontrolliert werden und dieser fuhr mit voller Geschwindigkeit in Wädenswil auf ein Industriegeleise und in ein dreistöckiges Haus hinein, das über der Lokomotive zusammenstürzte. Die vier ersten Wagen wurden ineinandergeschoben und es gab nach ersten

Meldungen 20 Tote und 48 Verletzte, wovon noch einige in Lebensgefahr schweben. Es handelt sich bei dem Unglückszug um eine von den SBB zusammengestellte Zugskomposition, mit einer Güterzugslokomotive, die auf der stark abfallenden Strecke nicht mehr zum Stehen gebracht werden konnte.



Der Gefängnisbrand in Thorberg

Mittwoch, den 18. Februar, brach in der Strafanstalt Thorberg, wahrscheinlich infolge eines Kamindefektes, ein Grossbrand aus, dem der eine Flügel der Anstalt, nämlich das Korrektionshaus, zum Opfer fiel. Infolge Wassermangels und der starken Bise musste sich die Feuerwehr auf die Rettung der übrigen Gebäude beschränken. Bereits am der Brandnacht folgenden Tag wurde mit den Aufräumarbeiten begonnen. Dabei setzte der Gefängnisdirektor auch zahlreiche Strafgefangene ein. Unser Bild zeigt die Schuttabfuhr. Im Hintergrund das vollkommen ausgebrannte Korrektionshaus (Photopress)



Heirat einer Schweizerin mit einem deutschen Prinzen

In der lutherischen St. Matthews-Kirche von San Francisco (Kalifornien) vollzog Reverend Herman Lucas die Trauung des Prinzen Friedrich Josias von Sachsen-Coburg-Gotha mit Denise Henriette von Muralt, einer 23jährigen Schweizerin aus dem bekannten Geschlechte, das in Zürich und Basel beheimatet ist. Der Prinz stammt aus dem ehemals regierenden Hause des Herzogtums Sachsen-Coburg-Gotha, das 1920 zwischen Thüringen und Bayern aufgeteilt wurde, und ist verwandt mit der englischen und schwedischen Königsfamilie

Drei Kinder erleiden den Flammentod

Auf dem «Brandacker» bei Maladers brach in einem Wohnhaus Feuer aus. Im ganzen Gebäude befanden sich in diesem Augenblick nur drei Kinder im Alter von 1½, 2½ und 5 Jahren. Die Eltern namens Berger-Gruber waren mit einem vierten Kinde in Chur. Trotzdem die Rauchentwicklung rasch bemerkt wurde und Nachbarn versuchten, in die Wohnung durch die Fenster einzusteigen, kamen die Kinder um.



Schweiz. Armeemeisterschaften in Lenk

Der Titel des Schweiz. Armeemeisters 1948 wurde unter den 120 Patrouillen der schweren Kategorie ausgetragen. Als freudige Überraschung gelang es der Landwehrpatrouille des Fw. Otto Bichsel mit einem Vorsprung von vollen 6 Minuten den Titel der Meisterpatrouille der Schweiz. Armee an sich zu reißen. Von links nach rechts: Fw. Bichsel Otto, Gefr. Ludi Arnold, Gefr. Grünig, Gefr. Gaffner (ATP)

Die zweite unserer Olympia-Patrouillen mit Oblt. Wuilloud aus der Geb. Brig. 10 lief in der Lenk unter den 200 Patrouillen ein grossartiges Rennen bis zum Schiessplatz, 1 km vor dem Ziel lag die Patrouille klar in Front, hatte dann aber das Pech, im Schiessen nur 5 Min. Bonifikation zu erhalten und wurde schliesslich trotz der besten Laufzeit von der Olympia-Sieger-Patrouille des Oblt. Zurbruggen mit einer Minute geschlagen.

